

IDA-Infomail
Nummer 2, April 2015, 16. Jg.

Editorial	S. 1
Neues von IDA und IDA-NRW	S. 2
Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek	S. 6
Aus den Mitgliedsverbänden	S. 8
Aktion, Information	S. 12
Seminare, Tagungen	S. 19
Impressum	S. 21

Editorial

Die Nachrichten der letzten Wochen über die Schiffskatastrophen im Mittelmeer machen fassungslos und sprachlos, da fällt es schwer angemessene Worte zu finden. Die grausam hohe Anzahl der Toten ist alarmierend und macht erneut auf das Schicksal geflüchteter Menschen nach Europa aufmerksam. Mindestens 1.720 Männer, Frauen und Kinder sind im Jahr 2015 bereits gestorben, weil Europa Flüchtlingen die Seenotrettung im Mittelmeer verweigert. Dabei handelt es sich bei den allermeisten Migrant_innen um Menschen, die vor Terror und Kriegen (www.proasyl.de/de/themen/zahlen-und-fakten) flüchten, um sich in Europa sicherer zu fühlen.

Menschenrechtsorganisationen wie beispielsweise Pro Asyl und das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) fordern Schaffung legaler Wege nach Europa, für Menschen, die das Recht auf Asyl in Anspruch nehmen wollen. Die Bundesregierung und die Europäische Union stehen nun unter Druck politisch zu agieren, ansonsten bleiben die Wege nach Europa den Schleuserbanden überlassen und solche Tragödien werden sich wiederholen.

Das Leben von geflüchteten Menschen ist bedauerlicherweise nicht nur auf dem Mittelmeer gefährdet, sondern auch innerhalb Deutschlands (www.proasyl.de/de/presse/detail/news/amadeu_antonio_stiftung_und_pro_asyl_warnen_vor_klima_der_angst). Der letzte rassistisch motivierte Anschlag auf ein Flüchtlingsheim geschah April 2015 in Tröglitz in Sachsen-Anhalt. Dieser Anschlagist jedoch kein Einzelfall. Im Dezember 2014 fackelten Rechtsextreme im mittelfränkischen

Vorra einen renovierten Gasthof ab, der als Flüchtlingsunterkunft dienen sollte. In Escheburg bei Lübeck brannte es im Februar 2015. Anfang März setzten Unbekannte im badischen Malterdingen ein Heim unter Wasser. In Dortmund gelang es Rechtsextremen Ende März, in eine Flüchtlingsunterkunft im Stadtteil Wickede einzudringen. Laut Pro Asyl dokumentierten Beobachter_innen im vergangenen Jahr 77 gewalttätige Übergriffe auf Flüchtlinge und 153 Attacken auf Flüchtlingsunterkünfte, davon 35 Brandanschläge. Die Bundesregierung bestätigte auf eine Anfrage der Linken, dass allein im Jahr 2014 150 Angriffe gegenüber dem Vorjahr auf Flüchtlingsunterkünfte registriert wurden. Schon 2013 hatte sich die Zahl mehr als verdoppelt: Wurden in 2012 noch 24 Angriffe gezählt, waren es im Jahr darauf schon 58 (www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/meldung/ein-ende-der-welle-rassistischer-gewalt-ist-nicht-absehbar-2015-04).

Seit Monaten kann man im ganzen Land beobachten, wie Deutschland gespalten ist. Die einen gehen gegen die vermeintliche Islamisierung auf die Straße oder protestieren gegen Flüchtlingsunterkünfte. Die anderen stellen sich gegen den rechten Mob und zu den Flüchtlingen. Um Rassismus und rechtsextreme Gewalt zu bekämpfen, braucht es nicht nur Widerstand, Aufklärung und Bildung aus der Zivilgesellschaft, sondern auch eine Politik die Ja sagt zu ihren Flüchtlingen und Migrant_innen.

Ich wünsche Ihnen und Euch anregende Informationen beim Lesen der Infomail.

IDA informiert:**VERANSTALTUNGEN****Workshop „Entgrenzt - transeuropäische Perspektiven auf die extreme Rechte“**

Datum: 18.-19. September 2015

Ort: Stephansstift Hannover

Im Rahmen des zweitägigen Workshops werden zum einen Fragen einer europäischen Dimension in der Auseinandersetzung mit extrem rechten Erscheinungsformen verhandelt sowie deren Bedeutung für eine politische Bildungsarbeit thematisiert. Weitere Informationen sowie eine detaillierte Beschreibung werden zeitnah auf www.idaev.de veröffentlicht.

Infos:

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V.

Sebastian Töbel

Volmerswerther Straße 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

sebastian.toebel@idaev.de

www.idaev.de

Workshop „Diversität - Ein kritisches Selbstverständnis. Für eine diversitätsbewusste Bildungsarbeit.“

Termin: 25.-27. September 2015

Ort: Hannover

Infos:

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V.

Karima Benbrahim

Volmerswerther Straße 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

Info@idaev.de

www.idaev.de

25 Jahre IDA - Jubiläumstagung mit Festakt

Festakt: 27. November 2015 von 18.00 - 22.00 Uhr

Fachtagung: 27.-28. November 2015

Delegiertenversammlung am 28. November 2015

Jubiläen sind ein Anlass zurückzublicken - nicht um nostalgisch in der Vergangenheit zu schwelgen, sondern um Veränderungen, Erfolge und Fehler zu reflektieren und daraus Kenntnisse für die Zukunft zu ziehen. 25 Jahre Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung (IDA) e. V. sind dafür eine gute Gelegenheit:

Auf Initiative von Jugendverbänden wurde 1990 IDA gegründet. Die rassistischen Pogrome in den 1990ern folgten – und eine zunehmende gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rassismus, Rechtsextremismus und dem Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft. Die Begriffe und auch die Vorstellungen dazu sind noch andere – IDA bedeutet anfangs Informations-, Dokumentations- und Aktionszentrum gegen Ausländerfeindlichkeit für eine multikulturelle Gesellschaft. Der Titel des ersten IDA-Readers fragt: „Multikulturelle Gesellschaft als Lebensform. Wirklichkeit, Zukunftsvision oder Bedrohung?“.

Heute ist es weitestgehend Konsens, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und auch staatliche Stellen sprechen immer häufiger von Rassismus. Das Bild des Neonazis mit Springerstiefeln wurde erweitert – der alltägliche Rassismus in Behörden, Institutionen, Medien usw. rückt nun stärker in den Fokus. Themen wie Interkulturelle Öffnung und Diversität haben einen festen Platz in Debatten und neue Stimmen werden sichtbar, z. B. Verbände von Jugendlichen mit sog. Migrationshintergrund, Selbstorganisationen junger Sinti und Roma oder auch Einzelpersonen, die z. B. rassistische Begriffe in Kinderbüchern wirkungsvoll problematisieren.

25 Jahre später erleben wir aber auch Pegida, die Etablierung der AfD, einen sichtbar werdenden Antisemitismus, eine Zunahme von Übergriffen auf Geflüchtete und einen weit verbreiteten antimuslimischen Rassismus. Ein paar Jahre zuvor enttarnt sich der NSU, Thilo Sarrazin landet mit seinen rassistischen Thesen einen publizistischen Riesenerfolg. Studien zeigen, dass ein nicht-deutsch klingender Name massive Benachteiligungen zur Folge hat. Das Internet wird zunehmend auch ein Propaganda- und Rekrutierungselement der extremen Rechten und rechtspopulistischer Akteur_innen im bürgerlichen Gewand: in Kommentarspalten von Zeitungen und Onlineportalen grassieren Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Antiziganismus.

Immer wieder steht die Frage im Raum, ob wir nicht schon einmal weiter waren. Was bringt rassismuskritische Bildungsarbeit überhaupt? Warum wird Rassismus so selten thematisiert, wenn es um Rechtsextremismus geht?

Vieles hat sich verändert, aber rassistische Verhältnisse, Strukturen und Bedrohungen existieren weiterhin und die Kritik daran ist keineswegs Standard. Rassismuskritik, die nachhaltig wirksam sein will, muss also offensichtlich wirkungsvoller sein als bisher und kritische Fragen aufwerfen. Sie muss bestehende Verhältnisse hinterfragen, sich damit auseinandersetzen, wer von diesen profitiert, und somit Herrschaftsstrukturen thematisieren. Sie darf nicht in einzelnen Projekten der Jugendverbände steckenbleiben, sondern muss stärker in den Mainstream und die Strukturen rücken.

Wir möchten das Jubiläum dazu nutzen, Anregungen und Ideen zur zukünftigen Gestaltung rassismuskritischer Bildungsarbeit zu gewinnen. Eine selbstkritische Auseinandersetzung mit dem, was erreicht wurde und wo rassistische Verhältnisse andauern, soll dabei nicht zu Resignation führen, denn jede Erkenntnis hilft, den nächsten Schritt anders zu gestalten, andere Akteur_innen einzubeziehen und neue Bündnispartner_innen zu gewinnen.

Infos:

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V.

Ansgar Drücker

Volmerswerther Straße 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

25jahre@idaev.de

www.idaev.de

IDA informiert:**PUBLIKATION**

Diversitätsbewusste (internationale) Jugendarbeit. Eine Handreichung
Ansgar Drücker, Karin Reindlmeier, Ahmet Sinoplu, Eike Totter (Hg.): Herausgegeben im Auftrag des IDA e. V. in Kooperation mit transfer e. V., Düsseldorf: Eigenverlag 2015, 84 Seiten

In der Kinder- und Jugendarbeit finden stärker die Begriffe „Diversität“ und „Diversitätsbewusste Bildungsarbeit“ Verwendung, während der Begriff „Diversity“ eher in Unternehmen und Verwaltungen genutzt wird. Im Mittelpunkt der Kinder- und Jugendarbeit steht, möglichst vielen jungen Menschen Zugänge zu gesellschaftlichen Ressourcen und zu Teilhabe zu ermöglichen und Benachteiligungen auszugleichen. Für Jugendverbände und Träger der Internationalen Jugendarbeit geht es darum, Vielfalt als von vornherein vorhandene Selbstverständlichkeit wahrzunehmen und sensibel für Diskriminierungen und Ausschlussmechanismen zu werden.

Auf eine ausführliche Einleitung mit Begriffsklärungen folgt jeweils ein Kapitel zur strukturellen und zur konzeptionell-methodischen Perspektive auf diversitätsbewusste Jugendarbeit. Es folgt ein Kapitel mit ausgewählten Praxiserfahrungen aus der internationalen Jugendarbeit. Denkanstöße zum Themenfeld Diversität - auch zur innerdeutschen Differenzlinie Ost-West - und ein Serviceteil runden die Broschüre ab.

Infos:

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V.
Volmerswerther Straße 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

info@idaev.de

www.idaev.de/publikationen/bestellformular/

IDA-NRW informiert:

VERANSTALTUNGEN

IDA-NRW Tagung: Antisemitismus, Rassismus und das Lernen aus Geschichte(n)

Termin: 26. - 27. Mai 2015

Ort: Melanchthon-Akademie Köln

In den letzten Jahren wird intensiv darüber diskutiert, inwieweit das Lernen aus Geschichte und Geschichten für die politische Bildungsarbeit gegen Rassismus und Antisemitismus fruchtbar gemacht werden kann. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Pluralisierung von historischen Erfahrungen und der ausdifferenzierten familiären, sozialen, kulturellen sowie länder- und genderspezifischen Zugänge der Zielgruppe steht die pädagogische Praxis vor großen Herausforderungen:

Inwiefern wird das Lernen über den Nationalsozialismus durch transnationale Prozesse beeinflusst? Wie können Rassismus und Antisemitismus im Spannungsfeld von historischen und gesellschaftlichen Prozessen einerseits sowie biographischen Erfahrungen andererseits angemessen thematisiert werden? Welche migrationspädagogischen Ansätze gibt es?

Vor diesem Hintergrund möchten wir auf der Tagung theoretische Impulse aus der Wissenschaft vermitteln und methodisch-didaktische Erkenntnisse und Erfahrungen reflektieren. Die Tagung versteht sich als Forum für Diskussionen und als Raum zum Austausch zwischen pädagogisch Tätigen, Studierenden, Wissenschaftler_innen und Praktiker_innen der politischen Bildungsarbeit. Veranstaltung des IDA-NRW in Kooperation mit der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, der Melanchthon-Akademie Köln, der VHS Köln, dem Projekt „Rote Karte gegen Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus“ und weiteren Unterstützer_innen.

Anmeldung

Verbindliche Anmeldungen bis zum 6. Mai 2015:

anmeldung@melanchthon-akademie.de

Tel: 02 21 / 93 18 03 0

Tagungsort

Melanchthon-Akademie Köln

Kartäuserwall 24b

50678 Köln

Anfahrtsbeschreibung unter

www.melanchthon-akademie.de/imprint/anfahrt

Kontakt

Für inhaltliche Fragen:

Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e. V.

Tel: 02 21 / 61 72 84

www.koelnische-gesellschaft.de/tagung2015.php

Für organisatorische Fragen

Melanchthon-Akademie Köln

Tel: 02 21 / 93 18 03 23

ziefle@melanchthon-akademie.de

Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek:

Die Vielfalt-Mediathek versammelt Materialien, die im Rahmen der Bundesprogramme „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“, „Initiative Demokratie stärken“ und „XENOS“ sowie verschiedener Vorläuferprogramme entstanden sind.

Sie wird regelmäßig um neue Materialien erweitert. Alle Publikationen, darunter Bildungsmaterialien, Trainingsordner, Kurz- und Dokumentarfilme sowie Musik-CDs können über die Website www.vielfalt-mediathek.de recherchiert, direkt online bestellt und für 14 Tage ausgeliehen werden. Die Vielfalt-Mediathek ist ein gemeinsames Projekt von IDA und dem DGB Bildungswerk.

**Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): no-nazi.net. Digitale Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus**

35 S., Bericht/Dokumentation, Sachinformation, Broschüre

„no-nazi.net“ nutzt die interaktiven Möglichkeiten des Web 2.0 um Jugendliche zu informieren, zu sensibilisieren und zu vernetzen, sie anzuregen selbst aktiv zu werden und mitzumachen so Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus, Homophobie, Islamfeindlichkeit in den sozialen Netzwerken etwas entgegenzusetzen. In der Broschüre werden die Arbeit (Monitoring, Kontaktaufnahme, Kommunikation mit Jugendlichen etc.) und die Strategien von „no-nazi.net“ ausführlich beschrieben.

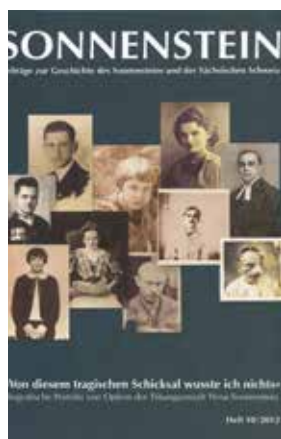
www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5654&title=no-nazi-net-digitale-handlungsstrategien-gegen-rechtsextremismus

**Anne Frank Zentrum (Hg.): Deine Anne. Ein Mädchen schreibt Geschichte. Handreichung. Für Begleitungen**

100 S., Sachinformation, Broschüre

Bei der Wanderausstellung werden neben der eigentlichen Geschichte auch, damals wie heute, hochaktuelle Fragestellungen thematisiert (Wer bin ich? Wer sind wir?; Wen schließe ich aus?; Was kann ich dagegen tun?). Außerdem wurden in allen Partnerorten bis zu 30 Jugendliche ausgebildet, die selbstständig Gruppen durch die Ausstellung begleiten (Peer Education). Darüber hinaus wurden die Jugendlichen ermutigt, eigene Ideen für Projekte in ihrer Region zu konzipieren und dadurch Anne-Frank-Botschafter_innen zu werden. Die Handreichung gibt Ausstellungsbegleiter_innen Ratschläge, wie sie erfolgreich eine Führung organisieren und dabei die Fragestellungen mit der jeweiligen Zielgruppe erfolgreich ansprechen können. Weiterhin gibt sie auch allgemeine Tipps für Aufbau, Strukturierung und Management für gute Ausstellungsführungen.

www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5655&title=deine-anne-ein-m-dchen-schreibt-geschichte-handreichung-f-r-begleitungen



Kuratorium Gedenkstätte Sonnenstein e. V. (Hg.): „Von diesem Schicksal wusste ich nichts“. Biographische Porträts von Opfern der Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein Pirna: 2012,

112 S., Bericht/Dokumentation, Sachinformation, Unterrichtsmaterial/Arbeitshilfe, Buch

In der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalt Pirna-Sonnenstein ermordeten die Nationalsozialist_innen in den Jahren 1940 und 1941 13.720 vorwiegend psychisch kranke und geistig behinderte Menschen und mehr als 1.000 Häftlinge aus Konzentrationslagern der Nazis. Die Broschüre erinnert stellvertretend mit zehn Opferbiographien an das Grauen des NS-Regimes und im Besonderen an die „Aktion T4 (Krankenmorde)“ und ihre Umsetzung in der Heil- und Pflegeanstalt Pirna-Sonnenstein.

www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5647&title=von-diesem-schicksal-wusste-ich-nichts-biographische-portr-ts-von-opfern-der-t-t



Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA e. V.) (Hg.): Perspektiven. Politische Bildung für die Migrationsgesellschaft - Nr. 9

2014, 8 S., Bericht/Dokumentation, Sachinformation, Zeitschrift

Das Projekt „Anerkennen, Auseinandersetzen, Begegnen – präventive pädagogische Konzepte gegen Antisemitismus für die Migrationsgesellschaft“ will antisemitischen Einstellungen unter Schüler_innen präventiv entgegenwirken und bezieht dabei deren heterogene Erfahrungen, Diskriminierung und Rassismus mit ein. Der regelmäßig erscheinende Newsletter informiert über aktuelle Aktivitäten aus dem Projekt.

www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5658&title=perspektiven-politische-bildung-f-r-die-migrationsgesellschaft-nr-9



Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt (Hg.): Information der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt Nummer 47 / Herbst 2014. An der Seite der Betroffenen

2014, 12 S., Bericht/Dokumentation, Sachinformation, Zeitschrift

Die Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt unterstützt Betroffene rechter, rassistischer oder antisemitischer Gewalt sowie Angehörige, Freund_innen und Zeug_innen u. a. mit kostenlosen (anonymen) Beratungsangeboten vor Gericht oder bei Behörden. Die in diesem Rahmen entstehenden Newsletter dokumentieren rassistische und rechtsextreme Vorfälle und Gewalttaten in Sachsen-Anhalt und informieren über Gerichtsurteile.

www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5624&title=information-der-mobilen-beratung-f-r-opfer-rechter-gewalt-nummer-47-herbst-2014-

Die Vielfalt-Mediathek wird gefördert im Rahmen der Bundesprogramme „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ und „XENOS - Integration und Vielfalt“



Aus den Mitgliedsverbänden:**BDAJ-Kampagne #StopDeathInMediterraneanSea**

Aufgrund der von Flucht und Verfolgung versuchen vermehrt Flüchtlinge aus Krisenregionen als letzte Lösung den Seeweg über das Mittelmeer nach Europa zu nutzen. Hierbei riskieren sie ihr Leben, bezahlen tausende Dollar an Schlepperbanden, da sie sich auf der anderen Seite des Meeres ein besseres Leben erhoffen. Diese Banden profitieren vom Leid der Menschen und versuchen maximalen Gewinn auf Kosten der Bootausstattung zu erzielen. Es bleibt allerdings festzustellen, dass sie eines der Symptome und weniger die Ursache des Leides der Menschen sind. 2010 waren es 10.000 Menschen, die über das Mittelmeer kamen. 2011 bereits 70.000 Personen, 2012 schon wieder 22.000 Personen und 2013 sogar 60.000. Im vergangenen Jahr 2014 hat sich diese Zahl dann verdreifacht auf über 218.000 Flüchtlinge. Dieses Jahr erwartet die EU-Grenzschutzagentur Frontex 500.000 bis eine Million Menschen. Es starben 2014 von 218.000 Flüchtlingen mehr als jeder Hundertste, mehr als 3.500 Personen. 2015 sind es nach



aktuellem Stand 1.600 von 35.000, also bereits knapp jeder Fünfzigste.

Der BDAJ-NRW hat eine Kampagne in den sozialen Netzwerken unter dem Hashtag [#StopDeathInMediterraneanSea](#) gestartet. Hierbei sollen möglichst viele Personen aus den unterschiedlichsten Bereichen durch das anklicken ein Zeichen gegen das Sterben von Geflüchteten im

Mittelmeer und gegen die Abschottung Europas setzen. Seien es prominente Künstler_innen, Politiker_innen, Professor_innen, Unternehmer_innen, Arbeitnehmer_innen oder Schüler_innen.

Infos:

Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e. V.

Geschwister-Scholl-Str. 33-37
44135 Dortmund

Tel: 02 31 / 77 66 08 04

Fax: 02 31 / 77 66 08 03

info@bdaj.de

<https://de-de.facebook.com/bdaj.nrw/photos/a.806760262773138.1073741837.426301754152326/807587516023746/?type=1>

BDAJ Musikfestival gegen Rassismus und Antisemitismus

Der Alevitische Kulturverein zu Menden/Hemer und Umgebung e. V. veranstaltet am 08. Mai 2015 in der Schützenhalle Oesbern ein Festival zum Thema „Musik gegen Rassismus und Antisemitismus“. Es ist ein vielfältiges Programm, mit vielversprechenden Auftritten. Außerdem spendet der BDAJ-Menden jeweils einen Euro pro Ticket an das Bildungsprojekt „Lesecke“. Seid dabei und zeigt Rassismus die Rote Karte.!

Infos:

Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e. V.

Murat Güneser

Geschwister-Scholl-Str. 33-37
44135 Dortmund

Tel: 02 31 / 77 66 08 04

Fax: 02 31 / 77 66 08 03

murat-guneser@t-online.de

info@bdaj.de

<http://bdaj.de/>

Aus den Mitgliedsverbänden:

BDL-Arbeitskreis zur Flüchtlingssituation in Deutschland

Die Mitglieder des Arbeitskreises des Bundes der Deutschen Landjugend (BDL) aus dem gesamten Bundesgebiet sind sich einig, dass die BDL zusammen mit bereits bestehenden Initiativen und in Kooperation mit den jeweiligen Flüchtlingsrä-

ten viel bewirken kann. „Anpacken, um die Situation der Flüchtlinge zu verbessern“, so die BDL-Bundesvorsitzende Kathrin Funk.

In Deutschland waren Ende des letzten Jahres 109.219 Personen mit Flüchtlingsschutz erfasst. Deutschland nimmt pro 1.000 Einwohner 1,6 Flüchtlinge auf. Damit liegt die Bundesrepublik im europäischen Vergleich hinter Schweden, Malta, der Schweiz, Ungarn und weiteren Staaten. „Wir dürfen die Augen nicht verschließen, sondern müssen uns unserer Verantwortung

stellen“, fasst Sebastian Schaller das BDL-Arbeitskreistreffen zusammen.

Die diffusen Ängste vor Überfremdung und Islamisierung seien völlig unbegründet. „Wer sich die Fakten anschaut und Kontakte knüpft, wird seine Bedenken nicht schnell genug über Bord werfen können“, ist Funk überzeugt.

Infos:

Bund der Deutschen Landjugend (BDL)

Claire-Waldoff-Str. 8

10117 Berlin

Tel: 0 30 / 3 19 04-2 53

Fax: 0 30 / 3 19 04-2 06

info@landjugend.de

[http://bdl.landjugend.info/index.php?id=48&tx_ttnews\[tt_news\]=334&cHash=a885e3bbe5d782f0ebcf30a4dbba1fcb](http://bdl.landjugend.info/index.php?id=48&tx_ttnews[tt_news]=334&cHash=a885e3bbe5d782f0ebcf30a4dbba1fcb)

djo - Deutsche Jugend in Europa stellt Forderungen zur Flüchtlingspolitik

In den letzten Tagen sind über tausend Menschen an der Grenze zu Europa gestorben. Diese Nachricht macht betroffen und nimmt die djo in die Verantwortung. Die Flucht über ein großes Meer in überfüllten, seeuntauglichen Schiffen ist die Ultima Ratio für verzweifelte Menschen. Die Verantwortung dafür trägt auch die deutsche und europäische Politik, die legale Einreisewege nach Europa schließt und Rettungsmaßnahmen nicht finanziert. Der EU 10-Punkte-Plan der EU, der als Reaktion auf die jüngsten Ereignisse veröffentlicht wurde, greift jedoch kurz.

Die djo fordert:

- Eine ausreichend finanzierte, zivile, europäische Seenotrettung Flüchtender
- legale, gefahrenfreie Einreisemöglichkeiten über ein geregeltes Einwanderungsprogramm
- Einhaltung des 0,7-Prozent-Ziels in der Entwicklungshilfe

Das italienische Seenotrettungsprogramm Mare Nostrum wurde Ende 2014 eingestellt. Die Annahme, es würden aufgrund des gestiegenen Risikos weniger Flüchtlinge die gefährliche Reise über das Meer antreten, bewahrheitet sich nicht. „Die Zahlen steigen – sowohl über das Mittelmeer wie

auch

über die sogenannte Balkanroute“, sagte Innenminister Thomas de Maizière im März 2015. Die Abschreckung flüchtender Menschen durch immer höhere Einreisehürden ist offensichtlich gescheitert – es braucht ein Umdenken in der deutschen und europäischen Politik.

Daher fordert die djo die deutsche Bundesregierung und das Bundesministerium des Innern auf, sich auf europäischer Ebene aktiv für eine Lösung einzusetzen. Das italienische Seenotrettungsprogramm Mare Nostrum sollte als gesamteuropäischer Auftrag verstanden



djo - Deutsche Jugend in Europa
Bundesverband e.V.

und als zivile europäische Seenotrettung mit erweiterten Kapazitäten eingerichtet werden. Darüber hinaus werden aber auch präventive Maßnahmen benötigt – es müssen mehr legale, gefahrenfreie Wege zur Einreise nach Europa geöffnet werden. Die djo fordert die Einrichtung eines geregelten Einwanderungsprogramms für Deutschland und die EU. Derzeit ist eine Einreise nach Europa nur über illegale Wege und unter

Aus den Mitgliedsverbänden:

hohem finanziellem Einsatz seitens der Flüchtenden möglich. Die Flüchtlingsbewegungen über das Mittelmeer sind ein selbst geschaffenes Problem der EU aufgrund ihrer rigorosen Einreisepolitik. Weiterhin muss Deutschland - wie auch andere EU-Länder - endlich zu seinem Versprechen stehen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfefinanzierung zu verwenden. Die Konfliktherde in der Welt haben in den letzten Jahren zugenommen, seit dem Zweiten Weltkrieg waren nie wieder so viele Menschen auf der Flucht wie heute. Nur durch ein konsequentes und

vernetztes Engagement der Industrienationen wird es möglich sein, den Krisen und deren Folgen Herr zu werden bzw. das Entstehen weiterer failed states im Nahen Osten und Afrika zu verhindern.

Infos:

djo - Deutsche Jugend in Europa
Bundesverband e. V.

Kuglerstr. 5

10439 Berlin

Tel: 0 30 / 44 67 78-0

Fax: 0 30 / 44 67 78-11

djo-bund@t-online.de

djo - Deutsche Jugend in Europa Interkulturelle JuLeiCa-Grundausbildung

Die Deutsche Jugend in Europa veranstaltet vom 14. Bis zum 17.05.2015 (Modul 1) und vom 12.-14.06.2015 (Modul 2) in der djo-Jugendbildungsstätte Spukschloss Bahratal gemeinsam mit dem Koordinierungsbüro Deutsch-Tschechischer Jugendaustausch TAN-DEM sowie dem tschechischen Partner Dum Detí a Mládeže Tábor eine Interkulturelle Grundausbildung zum_r Jugendleiter_in. Dazu wird ein abwechslungsreiches



Abendprogramm, viele nette junge Leute aus Deutschland und Tschechien sowie ein deutsch-tschechisches Team erwartet. Sprachkenntnisse sind nicht erforderlich.

Infos:

djo - Deutsche Jugend in Europa
Hana Vašátková (Landesverband Sachsen e.V.)

Kuglerstr. 5

10439 Berlin

Tel: 03 51 / 79 67 07 50

hana.vasatkova@djo-sachsen.de

www.djo.de/de/content/interkulturelle-juleica-grundausbildung

DGB Jugend NRW vergibt Sonderpreis für Antirassistisches Engagement

Mit einem Filmbeitrag haben die Schüler_innen der Berufsschulklasse aus dem Fachbereich Kfz-Mechatroniker_innen des Eduard-Spranger-Berufskollegs in Hamm den Sonderpreis der DGB Jugend NRW beim Wettbewerb „Mach meinen Kumpel nicht an! Gegen Rassismus und für Gleichberechtigung“ gewonnen. Sie haben mit einer alltäglichen Situation aus ihren Lebenszusammenhängen sehr gut dargestellt, dass das Sortieren nach den oft nur vermeintlich relevanten Merkmalen wie Geschlecht, Herkunft, Name oder Aussehen allen in vielen Lebensbereichen begegnet und dadurch Ungerechtigkeit und Diskriminierung entsteht! In diesem Jahr ist die Zahl rechtsextremer Ge



walttaten aller Art in NRW um über 20% gestiegen. Vor allem in Dortmund, Wuppertal, Aachen, Siegen und Hamm gibt es Gruppen gewaltbereiter Rechtsextremer. Rechte Gewalt fängt jedoch nicht erst dort an, wo ein Glatzkopf mit einem Baseballschläger auf jemanden los geht, sondern unter rechter Gewalt werden auch verbale Übergriffe in der U-Bahn, Schmierereien an Gebäuden oder der alltägliche Rassismus verstanden.

Infos:

DGB-Jugend NRW

Tel: 02 11 / 36 83-134

<http://nrw-jugend.dgb.de/jugend@dgb.de>

Aus den Mitgliedsverbänden:**Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg ermöglicht jungen Flüchtlingen die kostenfreie Teilhabe am Verbandsleben**

Die Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg (DPSG) engagiert sich in diesem Jahr besonders für Menschen, die aus ihrem Heimatland flüchten mussten. Ihnen zu begegnen, mit ihnen ins Gespräch zu kommen und sie in Deutschland willkommen zu heißen, ist Ziel der Jahresaktion. Dabei sollen junge Flüchtlinge auch uneingeschränkt am Verbandsleben teilnehmen können. Damit dies gelingt, können Stämme ab sofort für Flüchtlinge, die an Fahrten und Lagern der DPSG teilnehmen wollen, eine Übernahme der Teilnahmegebühr beantragen. Der DPSG-Bundesverband



bezuschusst die Kosten mit bis zu 100 Prozent. Neben der Finanzierung von Teilnahmegebühren an Veranstaltungen übernimmt die Stiftung des Verbandes für junge Flüchtlinge die Mitgliedsbeiträge. Auch die Pfadfinder-Kluft, die Pfadfinderinnen und Pfadfinder verbindet und sie nach außen für andere erkennbar macht, wird Flüchtlingen über die Kluftbörse, bei der Kluften kostenlos ausgeliehen werden können, gestellt.

Infos:

Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg
Bundesamt Sankt Georg e. V.
Martinstraße 2
41472 Neuss (Holzheim)
Tel: 02 13 1 / 46 99 60
www.dpsg.de/gastfreundschaft

Informieren, aufklären, aktiv werden! Der Kumpelverein beim Arbeitskreis Migration / Integration der IG BCE Alsdorf

„Pegida & Co. – Rechtspopulismus im neuen Gewand?“ Zu dieser aktuellen Frage lud der Arbeitskreis Migration der IG BCE in Alsdorf am 27. März im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus Gewerkschafter_innen sowie die interessierte Öffentlichkeit zur ihrer Vortragsveranstaltung ein. „Wir wollten wissen, wie die Pegida-Bewegung entstanden ist. Denn es kann nicht sein, dass Ängste auf dem Rücken der Ärmsten, der Flüchtlinge, geschürt werden und Hassparolen in den Straßen um sich greifen“, erklärte der Vorsitzende des Arbeitskreises Migration, Bulkan Ersoy, die Beweggründe der Veranstaltung. Antwort auf diese Frage gab die Referentin, Dr. Klaudia Tietze, Geschäftsführerin des Kumpelvereins. Rund 30 Gäste fanden sich im Alsdorfer Cinetower ein, um sich über die aktuellen Entwicklungen in Sachen Pegida zu informieren und gemeinsam zu diskutieren, wie man das Erstarken rechtspopulistischer Strömungen



bekämpfen kann. „Wir als Kumpelverein können nicht nur informieren, sondern mittels Aktionen und Veranstaltungen ein gewerkschaftliches, solidarisches und weltoffenes Zeichen setzen, um dem Rechtspopulismus der Pegida-Anhänger entgegenzuwirken“, betonte die Geschäftsführerin. In der Veranstaltung machte sie deutlich, dass man zwar zwischen Pegida in Dresden und den rechtsextremen Ablegern im Westen unterscheiden müsse, dass es sich aber im Kern um rassistisches Gedankengut handle, welches auch in der Mitte der Gesellschaft vorzufinden sei. „Wir müssen wachsam sein“, mahnte Klaudia Tietze, „und Rassismus jeden Tag entschieden bekämpfen.“

Infos:

Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e. V.
c/o DGB Bildungswerk e. V.
Hans-Böckler-Str. 39
40476 Düsseldorf
Tel: 02 11 / 43 01-1 93
Fax: 02 11 / 43 01-1 34
info@gelbehand.de

Aufruf „Gegen institutionellen Rassismus! Pädagog_innen für eine vollständige Aufklärung des NSU-Komplexes des Netzwerks rassismuskritische Migrationspädagogik Baden-Württemberg

Als Zeichen eines entschlossenen Entgegenstehens gegen den institutionellen Rassismus, der bei den Ermittlungen zur NSU-Mord- und Anschlagsserie sichtbar geworden ist, fordert das Netzwerk rassismuskritische Migrationspädagogik Baden-Württemberg eine offensive Auseinandersetzung mit Rassismus und rechtsextremen Tendenzen in den staatlichen Sicherheitsbehörden.

Als konkrete Schritte fordert das Netzwerk...

... die Einsetzung einer Untersuchungskommission nach dem Vorbild der Stephen-Lawrence-Kommission in Großbritannien mit dem Auftrag der Vorbereitung durchgreifender Reformen bei den Polizei- und Verfassungsschutzbehörden des Landes und des Bundes, die institutionellen Rassismus und insbesondere rassistische Ermittlungspraxen wie die Praxis des Racial Profiling in Zukunft wirksam verhindern,

... das Offenlegen der zahlreichen Kontakte des mutmaßlichen NSU-Kerntrios zu in Baden-Württemberg lebenden Neonazis sowie die vollständige Aufklärung der Hintergründe des Mordes an Michèle Kiesewetter, der rassistisch motivierten Ermittlungen gegen Sinti und Roma in Heilbronn, sowie der Verbindungen von Polizeibeamten zum Ku-Klux-Klan im Rahmen des geplanten Untersu-

chungsausschusses des Landtags Baden-Württemberg,

... auch auf Bundesebene eine weitere Aufklärung der offenen Fragen im Kontext von NSU-Ermittlungen im Rahmen eines neuen Untersuchungsausschusses des Bundestages.

In der pädagogischen Praxis wird erlebt, wie politisch rechts, rassistisch und antisemitisch motivierte Gewalt und der institutionelle Alltagsrassismus der Behörden, der Politik und der Medien sowie die weitgehende gesellschaftliche Gleichgültigkeit zu einem Vertrauensverlust und zur Erfahrung verweigerter Zugehörigkeit führen. Es ist die Aufgabe, alles dafür zu tun, Kinder, Jugendliche und Erwachsene, mit denen wir zusammenarbeiten, vor Diskriminierungen und Verletzungen zu schützen und sie parteilich zu begleiten im Umgang mit individuellen wie institutionellen Rassismuserfahrungen. Daher wird sich auch besonders gegen die Praxis des Racial Profiling bei Polizei und Grenzschutz gewendet. Dafür sollte eingetreten werden, Rassismus im Alltag zu benennen und öffentlich anzuklagen.

Infos:

aufruf@rassismuskritik-bw.de
www.rassismuskritik-bw.de

Broschüre „Vielfalt in Schulen“ zur interkulturellen Öffnung von Schule

Die vorliegende Broschüre dokumentiert das Projekt „Vielfalt in Schulen“ des Jüdischen Museums. Sie gibt Tipps, wie Schulen sich im Bezirk und mit außerschulischen Lernorten vernetzen können, und wertvolle Hinweise zu Themen und Methoden der diskriminierungskritischen Pädagogik. Zwei Jahre lang wurden drei Berliner Schulen auf ihrem Weg einer interkulturellen Öffnung begleitet. Was wird möglich, wenn sich zwischen Museum und Schule Vertrauensverhältnisse entwickeln? Während des Projekts „Vielfalt in Schulen“ konnten sich Lehrkräfte gegen Antisemitismus in Sozialen Medien sensibilisieren, Schüler_innen gestalteten eine Ausstellung im Museum und Lehrkräfte sowie Museumspädagog_innen reflektierten in Diversity-Trainings ihre Lehrtätigkeit und ihren persönlichen Umgang mit Schüler_innen. Ziel des Projekts „Vielfalt in Schulen“ war es, eine langfristige

Zusammenarbeit zwischen Schule und Museum zu initiieren. Dabei stand die Stärkung der Professionalität von Lehrer_innen in der Migrationsgesellschaft im Fokus.

Infos:

Jüdisches Museum Berlin

Meral El

Lindenstraße 9-14

10969 Berlin

Tel: 0 30 / 25 99 35 42

Fax: 0 30 / 25 99 34 09

info@jmberlin.de

www.jmberlin.de/ksl/vielfalt_in_schulen/broschuere/VIS-Broschuere.pdf

Neue Broschüre „Rechtsextremismus und Rassismus als Themen in der Internationalen Jugendarbeit

Die Publikation wurde im Rahmen des Innovationsforums Jugend global trägerübergreifend entwickelt. Sie bietet praxisorientierte Informationen zu den fachlichen Grundlagen des Themas sowie Empfehlungen und Tipps für die Umsetzung in der eigenen Arbeit. Fachkundige Expert_innen und Akteure der Internationalen Jugendarbeit schildern ihre Erfahrungen und ihre Sicht der Dinge. Das Informations- und Dokumentationszentrum e.V. (IDA) wirkte bei der Broschüre mit. Die Schrift dokumentiert und vertieft die Erkenntnisse der gleichnamigen Fachtagung.

Infos:

IJAB - Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Godesberger Allee 142-148
53175 Bonn
Tel: 02 28 / 95 06-0
Fax: 02 28 / 95 06-199
info@ijab.de
[www.ijab.de/publikationen/detail/?tt_products\[cat\]=1&tt_products\[product\]=157](http://www.ijab.de/publikationen/detail/?tt_products[cat]=1&tt_products[product]=157)

Verfassungsgericht kippt Kopftuchverbot

Ein pauschales Kopftuchverbot für Lehrerinnen ist nicht mit der Religionsfreiheit vereinbar. Das hat das Bundesverfassungsgericht am 13. Februar 2015 im Fall zweier deutscher Musliminnen entschieden, die gegen das Verbot in Nordrhein-Westfalen geklagt hatten. Das Gericht korrigierte damit sein Urteil von 2003, das den Ländern den Erlass genereller Kopftuchverbote erlaubte. Es begründete die jetzige Entscheidung damit, dass das pauschale Verbot, als Lehrerin ein Kopftuch zu tragen, einen Eingriff in die Berufsfreiheit und Gleichberechtigung von Frauen darstelle. Dadurch würden vor allem muslimische Frauen von der Ausübung einer pädagogischen Tätigkeit abgehal-

ten. Um ein individuelles Kopftuchverbot künftig zu rechtfertigen, muss eine konkrete Gefahr für den Schulfrieden oder die staatliche Neutralität belegt und begründet werden. Das Gericht erklärte zudem eine zweite Klausel für verfassungswidrig, mit der Darstellungen „christlich-abendländischer Bildungs- und Kulturwerte“ ausdrücklich von dem bisherigen Verbot ausgenommen wurden. Damit werden Symbole aller Religionen zukünftig an Schulen gleichgestellt und eine Privilegierung christlicher und jüdischer Symbole wie Kreuz oder Kippa ausgeschlossen. Die Entscheidung betrifft insgesamt acht Bundesländer, in denen entsprechende Verbotsgesetze gelten.

Broschüre „Extreme Rechte und antiziganistische Stimmungsmache“

Der AK Antiziganismus im Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung teilt mit: „Diese Broschüre untersucht exemplarisch am Beispiel der Stadt Duisburg, wie die extreme Rechte das Thema Antiziganismus aufgriff. Sie agierte dabei nicht isoliert im luftleeren Raum. Vielmehr besteht ein Zusammenhang zwischen Alltagsrassismus, etablierten Medien, Kommunalpolitik und den Erfolgchancen der extremen Rechten. Dieses komplizierte Wechselspiel ist Gegenstand dieser Broschüre. Die Broschüre steht als kostenloses

PDF zum Download bereit.

Infos:

Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung
Siegstr. 15
47051 Duisburg
Tel: 02 03 / 20 24 9
Fax: 02 03 / 28 78 81
info@diss-duisburg.de
www.diss-duisburg.org/onlinebibliothek/bucher-im-volltext

Dokumentation „Es ist extrem wichtig, dass wir hier sind‘ - Migrant_innenjugendselbstorganisationen im Spannungsfeld von hohem Engagement und geringer Anerkennung“

Die Dokumentation des Fachtags „Es ist extrem wichtig, dass wir hier sind‘ - Migrant_innenjugendselbstorganisationen (MJSO) im Spannungsfeld von hohem Engagement und geringer Anerkennung“ des Landesjugendrings Berlins mit sieben Berliner MJSO ist nun als Download sowie als Broschüre erhältlich. Sie enthält alle Beiträge der beteiligten Referent_innen, ermöglicht einen vertiefenden Einblick in die Praxis der beteiligten MJSO und beinhaltet zudem die konkreten Forderungen der Verbände.

Bereits zu Beginn der Veranstaltung setzte Sigrid Klebba, Staatssekretärin für Jugend und Familie des Landes Berlin, deutliche Zeichen der Unterstützung. Sie hob in ihrem Grußwort sehr klar die positive Bedeutung von MJSO für das Land Berlin hervor - und benannte die Notwendigkeit, dieses Engagement auch kontinuierlich fördern zu müssen.

Dr. Birgit Jagusch betonte in ihrem einführenden Vortrag die jugendpolitische und zivilgesellschaftliche Relevanz von MJSO und beschrieb ihre gesellschaftliche Position und die bislang nur geringe Anerkennung, die sich unverhältnismäßig zu ihrem Engagement verhalten. In fünf Workshops stellten die Verbände im Anschluss ihre

Arbeit vor, identifizierten kritische und hinderliche Rahmenbedingungen und erarbeiteten, welchen Beitrag Akteur_innen aus Politik, Verwaltung und der Praxis leisten können, um dieses Spannungsfeld aufzulösen. Abschließend formulierten Vertreter_innen aus MJSO auf dem Podium ihre Forderungen an die Berliner Landespolitik: Für den Aufbau starker Strukturen brauchen sie eine strukturelle Förderung ihrer Verbandsarbeit, Akzeptanz und Anerkennung für ihr gesellschaftliches Engagement und eine deutliche Positionierung der Berliner Politik und Verwaltung für eine diskriminierungsfreie Stadt - insbesondere auf institutioneller Ebene.

Infos:

Landesjugendring Berlin e. V.

Jaqueline Kauka

Projektreferentin "Partizipation - Bildung - Integration"

Lehrter Str. 26 a

10557 Berlin

Tel.: 030/81886102

Fax: 030/2116687

kauka@ljrberlin.de

www.ljrberlin.de

Empowerment-Dossier der Rosa-Luxemburg Stiftung

Empowerment ist in aller Munde, doch was hat es damit auf sich und wie hängt es mit Rassismus zusammen? Versuche, „Empowerment“ auf Deutsch zu übersetzen, münden bisher meist in „Selbstermächtigung“. Bei Empowerment geht es aber um mehr: Das Verständnis stammt aus radikalen sozialen Bewegungen und politischen Kämpfen, in denen Menschen die bestehenden Machtverhältnisse nicht (mehr) hinnehmen wollten und kollektiv dagegen ankämpften.

Dieses Dossier geht der Frage nach: Was haben Empowerment-Ansätze, politische Kämpfe und Bildungsarbeit miteinander zu tun? Was verstehen die Autor_innen unter Empowerment in Bezug auf rassistische und andere Machtverhältnisse?

Im Dossier gehen unter anderem Marwa Al-Radwany und Ahmed Shah der inflationären Verwendung des Empowerment-Begriffs auf den Grund und fordern „mehr als nur ästhetische Korrek-

turen“. Ozan Keskinliç zeigt in seinem Beitrag „Erinnern ist Empowerment“ die historischen Kontinuitäten von Rassismus auf und stellt dar, welches emanzipatorische Potenzial Erinnerung birgt.

Der Antifra-Blog wurde von den Referent_innen für „Migration und Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit“ ins Leben gerufen, um aktuelle Debatten und Diskussionen in den beiden Themenfeldern anzuregen.

Infos:

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Franz-Mehring-Platz 1

10243 Berlin

Tel.: 0 30 / 44 31 0-0

Fax: 0 30 / 44 31 0-230

info@rosalux.de

www.rosalux.de/news/41261/neues-empowerment-dossier.html

Neuer Film „Radikale im Tale“ des Medienprojekts Wuppertal

Dokumentation über die Ereignisse eines Tages, an dem PEGIDA und Salafisten in einer Stadt nebeneinander demonstrierten. Am 14. März 2015 mobilisierten Salafisten sowie PEGIDA und HOGESA nach Wuppertal. Eine breit aufgestellte zivilgesellschaftliche Bürgerschaft stellte sich gegen diese beiden Gruppen. Mit fünf Kamerateams dokumentierten Jugendliche, unterstützt durch das Medienprojekt Wuppertal, die Geschehnisse. Der Film zeigt Ereignisse eines Tages, an dem zum ersten Mal in Deutschland PEGIDA und Salafisten in einer Stadt nebeneinander demonstrierten:

- Bilder der Demonstrationsverläufe
- Reden und Interviews der Anmelder der salafistischen Kundgebung, Abu Abdullah und Sven Lau
- Interviews mit kurdischen Gegendemonstrant_innen
- Interviews mit Lokalpolitiker_innen
- Reden von Lutz Bachmann und anderen PEGIDA-Anhänger_innen
- Bilder von Ausschreitungen durch HOGESA-Anhänger_innen
- Statements von Wuppertaler Bürger_innen
- Bilder von der Gegenkundgebung

Die Dokumentation zeigt am Beispiel Wuppertal, dass die PEGIDA-Bewegung, die sich selbst als bürgerlich und gewaltfrei darstellt, zumindest in Westdeutschland größtenteils von organisierten Rechtsextremen, Neonazis und gewaltbereiten Hooligans getragen wird.

Die Kundgebung der Salafisten, die zahlenmäßig mit ca. 100 Teilnehmern recht überschaubar war, verlief weitestgehend gewaltfrei, in Reden jedoch wurde Hass gegen Juden, die USA und „den Westen“ an sich deutlich.

Die Aktionen von Wuppertaler_innen, die beiden Gruppierungen kritisch gegenüberstehen, haben die Vielfältigkeit des Gegenprotestes gezeigt.

Infos:

Medienprojekt Wuppertal

Hofaue 59

42103 Wuppertal

Tel: 02 02 / 56 32 64 7

Fax: 02 02 / 44 68 691

info@medienprojekt-wuppertal.de

www.medienprojekt-wuppertal.de/v_202

www.youtube.com/watch?v=QLXtKO4M

Handbuch „Lernziel Gleichwertigkeit“ von Schule Ohne Rassismus

Das Handbuch „Lernziel Gleichwertigkeit“ stellt den Präventionsansatz von Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage vor und erklärt, wie Diskriminierung heute funktioniert. Es richtet sich nicht nur an die Courage-Schulen, sondern an alle Schulen der Sekundarstufe und an Einrichtungen der politischen Bildung. Es unterstützt Jugendliche, Pädagog_innen und Sozialarbeiter_innen bei ihrem Engagement für Vielfalt und gegen Diskriminierung und Gewalt.

Das Handbuch gibt Antworten auf Fragen wie: Wo findet in der Schule die Konfrontation mit Themen wie Mobbing, Rassismus, Flucht & Asyl, Antisemitismus, Antiziganismus Altersdiskriminierung, Muslimenfeindlichkeit, Salafismus und Genderfragen statt? Wie und in welcher Form können Schü-

ler_innen die Initiative dazu ergreifen und mitmachen, mitgestalten und mitbestimmen? Neue und bewährte Methoden der Menschenrechtserziehung werden anhand praktischer Beispiele dargestellt. Und es finden sich zahlreiche Tipps, wie sich die Aktiven schulübergreifend vernetzen und qualifizieren können.

Infos:

Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage

Ahornstr. 5

10787 Berlin

Tel: 0 30 / 21 45 86 0

Fax: 0 30 / 21 45 86 20

<http://courage-shop.schule-ohne-rassismus.org/publikationen/27/handbuch-lernziel-gleichwertigkeit>

Präventionspaket: Islamismus, Salafismus und Muslimfeindlichkeit

Jugendliche schließen sich radikalen Dschihadisten an. Moscheen brennen und Rechtsextremisten machen gegen Salafisten mobil. Die Lage ist verwirrend und beunruhigt Eltern sowie Pädagog_innen. Zu Recht, denn die Konflikte haben längst die Schulen und Jugendeinrichtungen erreicht. Mit dem Präventionspaket „Islamismus, Salafismus, Muslimfeindlichkeit“ hat Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage Materialien entwickelt, die Interessierte unterstützen, diese komplexen Themen aufzugreifen. Das Präventionspaket besteht aus Handbuch „Islam & Schule“, dem Themenheft "Islam & Ich" und zwei Plakaten. Dem Material liegt eine Auseinandersetzung mit kunst- und kulturpädagogischen Methoden im Rahmen eines Modellprojektes zu Grunde. Es werden niedrigschwellige Zugänge zu einem komplexen Thema ermöglicht. Der Einsatz des Materials ist sowohl für die Schule als auch für außerschulische Bildungsarbeit geeignet.

Auch wenn das Thema muslimische Jugendliche in besonderer Weise herausfordert, hat es für alle jungen Menschen eine Relevanz. Das Präventionspaket verfolgt einen religions-übergreifenden Ansatz, der sich an den universellen Menschenrechten orientiert. Das Material kann für 29,95 Euro bestellt werden unter schule@aktioncourage.org.

Infos:

Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage
Ahornstr. 5
10787 Berlin

Tel: 0 30 / 21 45 86 0

Fax: 0 30 / 21 45 86 20

<http://couragehop.schule-ohne-rassismus.org/publikationen/25/praeventionspaket-islamismus-salafismus-muslimfeindlichkeit>

Projektausschreibung „Diversität und Partizipation“

Seit vielen Jahren nehmen die Themen Diversität (der Zielgruppen) und Partizipation von Jugendlichen jeglicher Herkunft einen zentralen Stellenwert in der Arbeit des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) ein. Das DFJW startet eine Ausschreibung für Projekte, die der Strategie „Diversität und Partizipation“ gewidmet sind. Ziel dieser Strategie ist, neue Zielgruppen für die Teilnahme an DFJW-Programmen zu gewinnen und die Gesellschaft für bestehende Ausgrenzungsmechanismen zu sensibilisieren. Gefördert werden zehn deutsch-französische Pilotprojekte, die im Zeitraum vom 1. Mai bis zum 15. Dezember 2015 durchgeführt werden sollen. Besonders angesprochen werden sollen Akteur_innen, die direkt oder indirekt in diesem

Themenfeld aktiv sind wie Multiplikator_innen der Sozialarbeit, Lehrer_innen, Vertreter_innen aus Politik, Medien, Verwaltung und Wissenschaft, um mit Austauschprojekten Integrationsprozesse in Deutschland und Frankreich zu unterstützen. Die maximale Förderung beträgt 10.000 Euro pro Projekt. Bewerbungen sind bis zum 1. Mai 2015 einzureichen.

Infos:

Deutsch-Französisches Jugendwerk
Molkenmarkt 1
10179 Berlin

Tel: 0 30 / 28 87 57 00

info@dfjw.org

www.dfjw.org

Studie „Gehört der Islam zu Deutschland? - Ein Stimmungsbild“

Die Studie ZuGleich (Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit) des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Uni Bielefeld hat nicht-muslimische Deutsche zur Integration und zum Zusammenleben verschiedener Gesellschaftsgruppen befragt. Aufgrund einer Projektverlängerung liegt der für Februar 2015 vorgesehene Endbericht noch nicht vor. Aber die Koordinatorin der Studie hat ein Stimmungsbild aus den Ergebnissen abgeleitet zu der Frage "Gehört der Islam zu Deutschland?" Unter anderem wurde die folgende Aussage zur Bewertung vorgelegt: "Der Islam sollte als Religionsgemeinschaft genauso anerkannt werden wie die evangelische oder katholische Kirche." Den Antworten zu folge befürwortet eine deutliche Mehrheit der betroffenen Bürgerinnen und Bürger (57%) die gleichwertige Anerkennung des Islam. Auszüge aus einem Stimmungsbild zu der Frage „Gehört der Islam zu Deutschland?“ basierend auf Ergebnissen der ZuGleich-Studie von Andreas

Zick und Madlen Preuß:

(...) Eine deutliche Mehrheit der Befragten befürwortet die gleichwertige Anerkennung des Islam. Jede/Jeder Vierte (25.6 Prozent) lehnt dies hingegen ab und ist der Meinung, der Islam könne, beziehungsweise dürfe nicht gleichberechtigt neben der katholischen wie evangelischen Kirche in Deutschland bestehen. 17.4 Prozent der Befragten entziehen sich der klaren Positionierung zur Anerkennung und sind unentschieden. Dabei spielt die Geschlechtsgruppenzugehörigkeit der Befragten keine Rolle.

Infos:

Universität Bielefeld
Universitätsstraße 25
33615 Bielefeld

www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/ZuGleich.html

www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/ZuGleich/ZuGleich-Islam_022015.pdf

DGB-Handreichung „Flucht. Asyl. Menschenwürde.“

In der Broschüre „Flucht. Asyl. Menschenwürde.“ fasst der DGB seine Positionen und Forderungen zur Flüchtlings- und Asylpolitik zusammen. Die Broschüre, die über die aktuellen Daten, Zahlen und Fakten zu Flucht und Asyl sowie über rechtliche Bedingungen, insbesondere beim Zugang zum Arbeitsmarkt informiert, richtet sich an gewerkschaftliche Aktive. Es werden gewerkschaftliche und betriebliche Handlungsmöglichkeiten dargestellt und in einem Serviceteil werden Ansprechstellen aufgelistet.

Fünf Kapitel liefern auf einen Blick

- Daten und Fakten zu den Themen „Flüchtlinge“ und „Asyl“,
- schildern die rechtliche und soziale Situation von Flüchtlingen in Deutschland,
- liefern Fakten über Flüchtlinge auf dem deutschen Arbeitsmarkt und zeigen,
- warum Deutschland eine internationale und humanitäre Verpflichtung hat, Flüchtlingen Schutz und gesellschaftliche Teilhabe anzubieten.

So fordert der DGB unter anderem:

- Unterstützung für Flüchtlinge bei der Aufnahme einer Berufsausbildung
- Unterstützung bei der Aufnahme einer Beschäftigung
- Unterstützung bei der Anerkennung beruflicher Qualifikationen

Infos:

Deutscher Gewerkschaftsbund - Bundesvorstand
Henriette-Herz-Platz 2

10178 Berlin

Tel: 0 30 / 24 06 0-0

Fax: 0 30 / 24 06 0-3 24

info.bvv@dgb.de

www.dgb.de/themen/++co++6c2d7172-e7f5-11e4-a011-52540023ef1a

www.dgb-bestellservice.de/besys_dgb/pdf/DGB23004.pdf

Bundesweiter Autor_innen-Wettbewerb

Das Westfälische Landestheater Castrop-Rauxel und EXILE-Kulturkoordination führen, nach den ersten beiden erfolgreichen Wettbewerben, einen neuen IN ZUKUNFT III-Wettbewerb für Autor_innen mit Migrationshintergrund durch. Bewerben können sich Schreibtalente aus ganz Deutschland. Eine Uraufführung winkt dem Gewinner nach Projektabschluss in 2016.

Ziel des Wettbewerbes ist es, Menschen zu ermutigen, für die Bühne zu schreiben, die sich bisher noch kaum im deutschen Theater vertreten sahen. Es geht darum, die Vielfalt kultureller Hintergründe innerhalb der deutschen Gesellschaft für die Bühne zu öffnen. Der interkulturelle Wettbewerb ist in seiner Form einmalig in Deutschland. Im Rahmen von IN ZUKUNFT III werden die Teilnehmer_innen unterstützt, eine Idee für ein Theaterstück zu entwickeln und durchzuarbeiten, das auf der Bühne zur Umsetzung gelangen kann. Unter der Leitung der Autorin und Dozentin Maxi Obexer und des Regisseurs und Ideengebers Christian Scholze werden sie begleitet, ihren sprachlichen Ausdruck zu schärfen, eine eigene

Form zu finden und dramaturgische Verfahrensweisen zu entdecken. Insgesamt acht Bewerber_innen erhalten die Möglichkeit zur monatlichen Teilnahme an acht Workshop-Wochenenden von September 2015 bis April 2016. Sie werden u. a. am Westfälischen Landestheater und im Maschinenhaus an der Zeche Carl in Essen durchgeführt. Im Rahmen der Workshops werden die Stücke besprochen und der künstlerische Arbeitsprozess betreut. Gastreferent_innen und Theatermacher_innen begleiten einzelne Gruppentreffen. Einsendeschluss ist am 15. Juni 2015.

Infos:

EXILE-Kulturkoordination

Stichwort: In Zukunft III

Tina Jerman

Wandastr. 9

45136 Essen

Tel: 02 01 / 74 79 88 40

Fax: 02 01 / 74 79 88 80

www.exile-ev.de

www.inzukunft.org.

Seminare und Tagungen

BDAJ: Musikfestival gegen Rassismus und Antisemitismus

Termin: 08. Mai 2015

Ort: in der Schützenhalle Oesbern

Infos:

Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e. V.

Murat Güneser

Geschwister-Scholl-Str. 33-37

44135 Dortmund

Tel: 02 31 / 77 66 08 04

Fax: 02 31 / 77 66 08 03

murat-gueneser@t-online.de

<http://bdaj.de/>

djo - Deutsche Jugend in Europa Interkulturelle JuLeiCa-Grundausbildung

Termin: 14.-17. Mai 2015 (Modul 1) und 12.-14. Juni 2015 (Modul 2)

Ort: Bahratal

Infos:

djo - Deutsche Jugend in Europa

Hana Vašátková (Landesverband Sachsen e. V.)

Kuglerstr. 5

10439 Berlin

Tel: 03 51 / 79 67 07 50

hana.vasatkova@djo-sachsen.de

www.djo.de/de/content/interkulturelle-juleica-grundausbildung

Tagung „ Antisemitismus, Rassismus und das Lernen aus Geschichte(n)“

Termin: 26.-27. Mai 2015

Ort: Melanchthon-Akademie Köln

Infos:

Für inhaltliche Fragen:

Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e. V.

Tel: 02 21 / 61 72 84

www.koelnische-gesellschaft.de/tagung2015.php

Für organisatorische Fragen

Melanchthon-Akademie Köln

Tel: 02 21 / 93 18 03 23

ziefle@melanchthon-akademie.de

Tagung „Religion: Diskurse - Reflexionen - Bildungsansätze“

Termin: 08.-09. Juni 2015

Ort: Kassel

Infos:

Bildungsstätte Anne Frank

Ricarda Wawra

Hansaallee 150

60320 Frankfurt/Main

Tel: 0 69 / 56 00 02 36

rwawra@bs-anne-frank.de

www.bs-anne-frank.de/fileadmin/user_upload/Slider/Tagung_Blickwinkel/Programm_2015.pdf

„Alle anders verschieden - Diversität im internationalen Jugendaustausch“

Termin: 11.-14. Juni 2015

Ort: Bad Liebenzell (Baden-Württemberg)

Infos:

Internationales Forum

Burg Liebenzell

75378 Bad Liebenzell

Tel: 0 70 52 / 92 45 - 0

Fax: 0 70 52 / 92 45 - 18

info@internationalesforum.de

www.InternationalesForum.de

Betzavta-Intensivseminar

Termin: 16.-18. Juni und 18.-20. August 2015

Ort: Nossen und Roths Schönberg

Infos:

Landesarbeitsgemeinschaft politisch-kulturelle Bildung Sachsen e. V.

Kerstin Knye

Schützengasse 18

01067 Dresden

Tel: 01 74 / 8 03 22 76

kontakt@pokubi-sachsen.de

Politisch positioniert handeln - Ein Praxis-reflexionsseminar zum systemischen Perspektivwechsel für eine machtrelexive politische Praxis

Termin: 18.-20. Juni 2015

Ort: Berlin

Infos:

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Seminarraum 3, 1. OG,
Berlin

Team Weiterbildung

Franz-Mehring-Platz 1

10243 Berlin

Tel: 0 30 / 44 31 0-4 52

weiterbildung@rosalux.de

www.rosalux.de/event/52328/politisch-positio-niert-handeln.html

IDA-Workshop „Entgrenzt - transeuropäische Perspektiven auf die extreme Rechte“

Datum: 18.-19. September 2015

Ort: Stephansstift Hannover

Infos:

Informations- und Dokumentationszentrum für
Antirassismuserbeit e. V.

Sebastian Töbel

Volmerswerther Straße 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

sebastian.toebel@idaev.de

www.idaev.de

IDA-Workshop „Diversität - Ein kritisches Selbstverständnis. Für eine diversitätsbewusste Bildungsarbeit.“

Termin: 25.-27. September 2015

Ort: Hannover

Infos:

Informations- und Dokumentationszentrum für
Antirassismuserbeit e. V.

Karima Benbrahim

Volmerswerther Straße 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

Info@idaev.de

www.idaev.de

25 Jahre IDA - Jubiläumstagung mit Festakt

Termin: 27. und 28. November 2015

Ort: Berlin

Infos:

Informations- und Dokumentationszentrum für
Antirassismuserbeit e. V.

Volmerswerther Straße 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

25jahre@idaev.de

www.idaev.de

Die IDA-Infomail erscheint mehrmals jährlich und wird herausgegeben vom

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA)

Volmerswerther Str. 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

Info@IDAeV.de

www.IDAeV.de

Redaktion: Karima Benbrahim

V.i.S.d.P.: Ansgar Drücker

Informationen ohne Quellenangabe sind unterschiedlichen Mitglieds- oder Verbandszeitschriften, Websites sowie Pressemeldungen entnommen. IDA e. V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein durch das Finanzamt Düsseldorf-Süd, Steuer-Nummer: 106/5748/1122, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG, als Träger der politischen Erwachsenenbildung und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

ISSN 1611-8952